



Zürich, im Januar 2012

## Unter die Lupe nehmen ...

Liebe Geschäftspartnerin, lieber Geschäftspartner

Unter die Lupe nehmen wir ständig die Entwicklungen in unseren verschiedenen Fachgebieten, um immer auf dem neuesten Stand zu sein und um Ihnen in der ORTAG Information über die Neuerungen berichten zu können. Neuerungen gibt es auch bei unserer **Corporate Identity**. Nach mehreren Jahrzehnten haben wir aus Anlass der Neuorganisation der Geschäftsleitung unseren Auftritt etwas überarbeitet. Der kritische Blick durch die Lupe ersetzt den behäbigen Zeitungsleser auf der Kundenzeitschrift ORTAG Information. Den offiziellen Firmennamen haben wir von Ortag, Organisations-, Revisions- und Treuhand AG auf ORTAG AG verkürzt und dazu ein neues Logo entwickeln lassen. In den nächsten Wochen wird die neu gestaltete Homepage [www.ortag.ch](http://www.ortag.ch) aufgeschaltet.

In den letzten Monaten hat das **Thema Steuern** stark beschäftigt. Im Zusammenhang mit der Erbschaftssteuer-Initiative wurden vielerorts Erbvorbezüge und Schenkungen geprüft und gelegentlich auch vollzogen. Interessant ist die Begründung der Initiative: Die Sanierung der AHV! Die AHV wird heute nur noch zu einem Teil durch die rentenbildenden Beiträge der Arbeitgeber und -nehmer finanziert. Ein beträchtlicher Teil stammt aus den progressiv erhobenen Steuern und durch die betragsmässig unbegrenzten nicht mehr rentenbildenden Beiträge der Besserverdienenden - also exakt durch den Personenkreis, der mit der Erbschaftssteuer ein drittes Mal zur Kasse gebeten werden soll. Man könnte es als unehrliches Politisieren empfinden, solche Zusammenhänge nicht offenzulegen.

In den USA, wie seit einiger Zeit auch in der Schweiz, werden **Dividenden** unter gewissen Voraussetzungen mit reduzierten Einkommenssteuer-Sätzen besteuert. Der US-Präsidentschaftskandidat Mitt Romney wurde wegen diesem 15 %-Satz als Steuertrickser bezeichnet, der Gegenkandidat Newt Gingrich rühmt sich, 31 % Steuern zu bezahlen. What's fact? Die im Beispiel mit 31 % besteuerten Arbeitseinkommen werden in den Firmen als Kosten nicht besteuert. Anders ist die Situation bei Kapitaleinkommen: Der Gewinn wird in der Firma mit z.B. 25 % besteuert, es kann also nur noch 75 % als Dividende ausbezahlt werden und diese wird nochmals mit 15 % besteuert, gesamthaft also 36.25 % Steuerbelastung auf dem erzielten Ergebnis. Man könnte es als unehrliches Politisieren empfinden, solche Zusammenhänge nicht offenzulegen.

Als durchaus sinnvolle "Rechtswohltat" wurde in der Schweiz 2010 die "**kleine Steueramnestie**" eingeführt: Die einmalige (im ganzen Leben einmalig) straflose Selbstanzeige. Geschuldet sind die Nachsteuern und Zinsen für zehn Jahre. Im Kanton Zürich sind 2010 rd. 1400 Selbstanzeigen eingegangen, 2011 nochmals rd. 1000. Diese 1000 Selbstanzeiger deklarierten zusätzliches Vermögen von rd. CHF 600 Mio. und bezahlten im Kanton Zürich über CHF 50 Mio. Nachsteuern auf den Erträgen des hinterzogenen Vermögens, der Bund erhielt zusätzlich 13 Mio. Franken Nachsteuern (bei rd. CHF 20 Mrd. Bundessteuereinnahmen p.a.). Interessant ist, diese Zahlen in Relation zu diesen anderen Zahlen zu setzen: 0.8 % der Steuerzahler, also rd. 32'000 Steuerpflichtigen zahlen rd. 35 % der Direkten Bundessteuer. Rund ein Drittel aller Steuerbürger, eine gute Million Steuerpflichtiger, sind bei der Bundessteuer Gratisbürger. Man könnte es als unehrliches Politisieren empfinden, solche Zusammenhänge nicht offenzulegen.

Es ist nicht Aufgabe des Herausgebers einer Treuhand-Kundenzeitschrift, Politik zu betreiben. Als Steuerberater wirken wir mit beim Vollzug der Steuergesetze. Steuern werden erhoben zur Finanzierung der demokratisch definierten staatlichen Aufgaben. Wenn Parteien und Verbände die **Steuerpolitik** für ihre gesellschaftspolitischen Ziele einsetzen und z.B. damit gewaltige, vollständig intransparente Umverteilungssysteme aufbauen oder ihrer Gefolgschaft durch Sonderabzüge und Ausnahmeregelungen Vorteile verschaffen wollen, ist das ein Missbrauch des Systems. Das Steuersystem wird aufgebläht, kompliziert, ineffizient und letztendlich vom Bürger nicht mehr verstanden und damit auch nicht mehr als gerecht empfunden - ein Nährboden für Steuerhinterziehung bei den Zahlern und Sozialmissbrauch bei den Bezüglern. Man könnte es als unehrliches Politisieren empfinden, solche Zusammenhänge nicht offenzulegen.

Wirtschaftspolitisch stehen Staatsschuldenkrise, ein weitgehend von den realwirtschaftlichen Bedürfnissen abgekoppeltes Finanzsystem mit enormem Schadenspotential, fehlendes oder nur noch schuldenfinanziertes Scheinwachstum und in der Schweiz das Wechselkursproblem im Vordergrund. Längerfristig dürfte die sinkende europäische **Wettbewerbsfähigkeit** und damit ein relativ sinkender Wohlstand ein zentrales Problem sein. Nicht die nachträgliche (Um-)Verteilung des Bestehenden steht im Vordergrund, sondern die Frage, ob in einer weitgehend gesättigten, teilweise reformunwilligen, schrumpfenden und alternden Gesellschaft, mit sinkenden Aussenhandelsüberschüssen mit unserem bisher ausserordentlich erfolgreichen kapitalistischen Wirtschaftssystem weiterhin Wachstum möglich ist und ob qualitatives Wachstum (Was müsste man sich darunter vorstellen: vielleicht ein gutes Leben und Zusammenleben für alle?) das quantitative Wachstum ersetzen kann. Kann Kapitalismus längerfristig ohne Wachstum Wohlstand generieren? Man hat den Eindruck, dass vielerorts die Zeichen der Zeit erkannt worden sind: Forschungsprojekte, Berichte und Analysen in den Medien, Veranstaltungen wie zurzeit das WEF in Davos beschäftigen sich mit solchen Grundsatzfragen.

Zurück in der **Tagespolitik**, liest man ungläubig die Antworten unserer Politiker auf die grossen Fragen: Weniger Arbeiten dank mehr Ferien für alle, Mindestlohnforderungen statt Fördern und Fordern an der Basis, Abschöpfung und Verunsicherung durch eine Erbschaftssteuer, Cleantech-Bürokratie statt Innovation, Einführung eines weiteren Steuerabzugs statt Verbesserung der Rahmenbedingungen fürs Bauen, Angriff auf die Personenfreizügigkeit statt Stärkung der Arbeitsmarktflexibilität. Man nehme einen grossen Topf mit Wirtschaftsliberalismus und Sozialeratismus, rühre alles kräftig durch und präsentiere nachher ein interessenverfilztes, ineffizientes Gemisch.

Sie finden in der **Beilage** unter "Kurzinformationen" Hinweise auf verschiedene neue Gesetze und Regelungen. Im Anhang behandeln wir die drei Themen "Periodizitätsprinzip bei der Gewinnsteuer juristischer Personen; das neue Rechnungslegungsrecht; Praxisverschärfung beim Meldeverfahren bei Dividenden". Ebenfalls beigelegt haben wir unser traditionelles oranges Datenblatt. Gerne benützen wir die Gelegenheit Ihnen, Ihren MitarbeiterInnen und Angehörigen **alles Gute zum NEUEN JAHR** zu wünschen. Für die uns zugegangenen Festtags- und Neujahrswünsche bedanken wir uns ganz herzlich. Gerne überreichen unsere MitarbeiterInnen Ihnen anlässlich des nächsten persönlichen Treffens bei Ihnen oder uns ein kleines Präsent - einen eleganten kleinen Schreibstift mit neuem Logo und Motto.

Freundliche Grüsse

Roger Werner

